

**Jörg Hofmann**  
**Erster Vorsitzender der IG Metall**



## **1. Mai: Zeit für mehr Solidarität**

**Rede auf der Kundgebung zum 1. Mai 2016 in Düsseldorf**

**Sperrfrist Redebeginn**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
schön, die gute Stimmung hier auf dem Platz!  
Danke für die Einladung nach Düsseldorf!  
Und sind wir offen: Vieles spricht dafür, Deutschland geht es gut.

Wir haben Beschäftigungsrekord, Wirtschaftswachstum, Haushaltsüberschüsse.  
Aber ich sage: Das Bild trügt. Wir dürfen nicht eine Wohlstands-Illusion verfallen. Die sozialen Unterschiede in Deutschland wachsen.  
Es gibt überall Risse. Viele Risse, tiefe Risse.

Die Vermögen. Die Einkommen. Die Chancen.  
Alles ist in Deutschland ungleich verteilt.  
Ungleichheit spaltet die Gesellschaft  
Ungleichheit bremst auch das Wirtschaftswachstum!

Das ist doch logisch: Wenn die Beschäftigten mehr von Wachstum und Wohlstand profitieren würden, wenn es sicher und gerecht zugeht, dann ist das die Basis für sozialen Fortschritt.  
Deutschland ist ein reiches Land, aber KEIN gerechtes Land.  
Ich sehe **Reichtum** bei wenigen, **Armut** bei vielen.

Bundesweit sind 16 Prozent der Menschen arm. Das bedeutet für eine Familie mit zwei Kindern, dass sie mit weniger als 1.900 Euro über die Runden kommen müssen. Es ist eine Schande, dass Kinderarmut und Altersarmut wieder zu so großen Themen geworden sind.

Es sind die hohen Einkommen und die Unternehmensgewinne, die am stärksten wachsen: Kapitaleigner und das hohe Management essen den Keks.  
Für die Mittelschicht und die unteren Lohngruppen fallen nur die Krümel ab.

Und wer arm an Geld ist, ist auch arm an Chancen.  
An der Bildungsgerechtigkeit zu sparen, ist der größte Fehler überhaupt. Denn: Welche Schule, welche Ausbildung und Studium ein Kind durchläuft, hängt zu 50 Prozent davon ab, wie dick oder dünn der Geldbeutel der Eltern ist.

Die Liste der sozialen Frechheiten ließe sich noch endlos fortführen.  
Ein Rentenniveau, wo man das „Niveau“ mit der Lupe suchen muss!  
Eine paritätische Krankenversicherung, die gar nicht mehr paritätisch ist!  
Wir wollen mehr soziale Gerechtigkeit.

Wir stehen hier ja auf dem Johannes-Rau-Platz. Johannes Rau hatte diese  
Verpflichtung zur Gerechtigkeit im Auge, als er sagte:  
**„Ein Staat, der sich nicht am Ziel der Gerechtigkeit orientiert, ist nichts anderes  
als eine gemeine Räuberbande.“**

Es ist doch das Allerletzte ist, wenn Wohlhabende und Unternehmen ihr Geld in  
Panama oder sonst wo parken, und sich aus reiner Gier mit dubiosen  
Finanzgeschäften davor drücken, ihren Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten.

Jedes Jahr werden damit der Staatskasse gut 100 Milliarden Euro vorenthalten!

**Das ist Geld, auf das die Allgemeinheit ein Recht hat!**

100 Milliarden, was man damit alles machen könnte!

Die Städte könnten in das investieren, was allen zu Gute kommt.

Moderne Schulen. Bezahlbare Schwimmbäder. Gute Gesundheitsversorgung und  
Pflege, Wohnungsbau.

Keine Verrottung unserer öffentlichen Infrastruktur, sondern deren Ausbau.

Und wir könnten ohne mit der Wimper zu zucken endlich die Beschäftigten im  
öffentlichen Dienst leistungsgerecht bezahlen.

Wachsende Ungleichheit hat aber auch noch eine andere Schattenseite. Sie zerstört  
das Vertrauen vieler in die Handlungsfähigkeit des Staates und der Politik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
und macht sie damit offen, für die dumpfen Parolen der Rattenfänger von rechts.  
Wachsende Ungleichheit ist der Nährboden für Rechtspopulisten und  
Rechtsextreme.

Es geht um die Angst, dass man seinen Job verliert, in Hartz IV abrutscht.

Dass man seinen Kindern kein gutes Leben bieten kann.

Diese Angst gibt es bis in die Mitte der Gesellschaft hinein. Auch wenn uns das nicht schmeckt: Unter den AfD-Wählern sind auch Gewerkschaftsmitglieder, die glauben, die AfD sei eine wählbare Alternative.

Aber: Ein Blick in den Entwurf eines Parteiprogramms dieser Truppe lässt uns Gewerkschafter schauern:

- Privatisierung der Arbeitslosenversicherung und Unfallversicherung,
- Auflösung der Bundesanstalt für Arbeit,
- Erhöhung des Rentenalters,

mischen sich mit Versatzstücken aus der Mottenkiste reaktionärer Familien und Bildungspolitik.

**Ich sage: Die AfD ist keine Partei für die kleinen Leute und keine für die Mitte der Gesellschaft!**

**Sie ist sozial kälter, als es die FDP jemals war!**

**Sie ist definitiv KEINE Alternative!**

Die Hetze gegen Menschen, die aus Krieg und Elend flüchten müssen, die Hetze gegen die muslimischen Bürgerinnen und Bürger, die uns angeblich „überfremden“, diese Hetze verurteile ich aufs Schärfste!

**Deswegen sage ich:**

**Das Grundgesetz „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ gilt für alle.**

**Kein Platz für Rassismus, Ausgrenzung und Gewalt.**

**Weder auf der Straße noch in den Betrieben!**

**Fremdenfeindlichkeit ist keine Meinung.**

**Fremdenfeindlichkeit ist ein Anschlag auf unsere Kolleginnen und Kollegen!**

Ich weiß aber auch, dass viele von Euch aktiv anpacken, wenn es darum geht, Flüchtlingen zu helfen. Vielen Dank für dieses Engagement!

Wer es aber ernst meint mit der Integration, der muss auch die Türen der Schulen und der Betriebe öffnen.

Die IG Metall hat mit dem Integrationsjahr – einem Mix aus Arbeit, Deutsch lernen und Qualifizierung – einen Vorschlag in die Debatte gebracht, wie Integration in Arbeit ganz praktisch funktionieren kann.

Und wir sagen deutlich: Es darf in keinem Falle irgendwie am Mindestlohn herumgefummelt werden.

**Ich kann nur sagen: Wer die Flüchtlingsfrage zum Abbau von Sozialrechten missbraucht, findet unseren Widerstand, Kolleginnen und Kollegen!**

**Wir brauchen gute und sichere Arbeitsplätze für alle!**

Auch in der Arbeitswelt der Zukunft. Der digitalen, der globalen Arbeitswelt.

Und weil sich so vieles so stark verändert, gilt:

Wer sich nur im Klein-Klein verliert, wer zögert und verzagt sich den Herausforderungen stellt, der sorgt für Rückschritte, nicht für Fortschritte!

Und: Je komplexer die Themen sind, umso wichtiger werden Werte, an denen wir die Arbeitswelt von morgen messen.

Werte guter Arbeit. Werte wie sicher, gerecht und selbstbestimmt.

Was bedeutet **sicher**? sicher bedeutet, zu wissen:

Auch am nächsten Tag ist dies mein Arbeitsplatz.

Zu wissen: Es gibt Betriebs- und Personalräte, die meine Interessen vertreten.

Zu wissen: Wer das gleiche arbeitet wie ich, der bekommt auch den gleichen Lohn.

**Wir wollen zumindest dieses Minimum an Ordnung!**

Die Bundesregierung wollte dem Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen endlich ein Ende setzen. So steht es im Koalitionsvertrag. Jetzt muss sie endlich liefern.

Missbrauch von Werkverträgen: Das bedeutet nichts anderes, als Arbeit billig zu machen, indem man Tarifverträge missachtet, Mitbestimmung bekämpft. Im Bereich der **IG Metall** machen das zwei von drei Betrieben. Ganze Produktionsschritte werden rausgeschnitten: Logistik, Instandhaltung, ja, selbst die Buchhaltung.

Zum Beispiel in der **Fleischindustrie**:

Da werden systematisch Menschen aus Rumänien und Bulgarien angeworben, die in deutschen Betrieben dann zu miserablen Löhnen schufteten.

Ich erinnere noch einmal: Im Koalitionsvertrag steht: „Wir werden den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen verhindern“. Da steht nicht: „Wir wollen vielleicht ein bisschen den Missbrauch verhindern.“

**Das, was drin steht, muss ohne Ausnahme umgesetzt werden!**

**Und wir geben keine Ruhe, bis der Missbrauch von Werkverträgen ein für alle Mal beseitigt ist!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

sicher – gerecht – selbstbestimmt - sicher heißt auch: Wenn ich alt bin, kann ich von meiner Rente leben. Das hat jahrzehntelang in Deutschland funktioniert.

Heute ist es so: Wer 45 Jahre lang durchschnittlich verdient hat, erhält eine Rente von gut 1.300 Euro. 1.300 Euro brutto, nach einem langen Berufsleben. Das Rentenniveau sinkt und wird weiter sinken, das ist in der Rentenformel fest angelegt – wenn nicht politisch gegengesteuert wird.

Und daher sagen wir:

Wir brauchen einen Kurswechsel in der Rentenpolitik

Schluss mit dem Absinken in der gesetzlichen Rente!

Schutz vor Altersarmut ist zu wenig - wir wollen Lebensqualität im Alter!

Doch selbst Schutz vor Armut, wird für eine wachsende Zahl von Menschen immer zwingender, gerade für Frauen:

Von Befristung zu Befristung.

Von Niedriglohn zu Niedriglohn.

Von Leiharbeitsjob zu Leiharbeitsjob.

Viele haben ja nicht mehr die Möglichkeit, gescheit für die Rente vorzusorgen. Und so wundert es kaum, wenn in den Städten immer mehr alte Menschen Zeitungen austragen oder Pfandflaschen aus den Mülltonnen holen, weil die Rente nicht reicht.

Mittlerweile ist das Thema auch bei den Politikern angekommen. Aber machen wir uns nichts vor: Ohne Druck wird da gar nichts passieren.

Wir fordern einen wirksamen Kurswechsel bei der gesetzlichen Rente.

Wir brauchen eine betriebliche Altersversorgung, die auch bei den Beschäftigten ankommt.

Was wir garantiert nicht brauchen ist eine längere Lebensarbeitszeit, wie sie sich Finanzminister Schäuble so herbei fantasiert.

Bis 70 arbeiten – das geht für die meisten komplett an der Realität vorbei!

Wir wollen Lebensqualität im Alter und kein Schuffen bis ins Grab, Kolleginnen und Kollegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Sicherheit brauchen auch die Beschäftigten der Stahlindustrie.

Für die Stahlindustrie ist dieses Jahr ein Schicksalsjahr.

EEG-Novelle – Emissionsrechtehandel – Stahl zu Dumpingpreisen aus China.

Das sind die Punkte, um die es geht.

Da sind sich die IG Metall und die Stahlarbeitgeber einig:

Wir sagen „Ja“ zu klimapolitischen Ziele.

Aber nicht auf Kosten der Beschäftigung!

Das Klima ist nicht teilbar – und Klimaschutz auch nicht.

So, wie wir in Deutschland Stahl herstellen, ist es am umweltfreundlichsten.

Es kann nicht sein, dass bei uns 85.000 Menschen ihre Arbeit verlieren, damit in Russland und China die Stahlproduktion das Klima um ein vielfaches mehr verpestet! Wir brauchen faire Bedingungen, auch im Handel! Freier Welthandel, darf nicht zur Unterbietung zu Lasten der Beschäftigten und der Umwelt führen.

Fairer Handel ist gefragt. Daher unsere Kritik an TTIP, wie an einer bedingungslosen Anerkennung der Vollmitgliedschaft Chinas in der WTO.

Für die Stahlindustrie gilt:

Wenn die Politik in Berlin und Brüssel nicht die richtigen Weichen stellt, dann sind sie verantwortlich dafür, dass die Hochöfen in Deutschland dicht gemacht werden.

Stahl ist ein unverzichtbarer Werkstoff. **Stahl ist Zukunft!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

sicher – gerecht - selbstbestimmt - Gerecht ist, wenn wir Beschäftigten unseren Anteil bekommen.

Zurzeit sind einige Gewerkschaften in Tarifbewegung. Tarifbewegungen heißen so, weil sie etwas in Bewegung bringen – Bewegung hin zu mehr Verteilungsgerechtigkeit.

Aktuell läuft die Tarifrunde Metall-Elektro. Wir fordern 5 Prozent.

Wir wissen: Wachstum und Beschäftigung fällt nicht vom Himmel. Wir wissen auch: Der private Konsum hat den Löwenanteil daran, dass in Deutschland Beschäftigung stabil läuft.

Also ist diese Forderung geradezu notwendig und vernünftig.

Wir sind es, die Autos, Bügeleisen oder Windeln kaufen.

Wir sind es, die Handwerker bestellen und tanken.

Wir sind es, die Handy-Verträge abschließen und zum Italiener um die Ecke gehen.

**Wir sind der Motor der Konjunktur! Ohne uns stottert das Wachstum!**



Die Reaktion der Arbeitgeber wird Euch wenig überraschen:

So meint Rainer Dulger, Präsident von Gesamtmetall: „Die Gewinne sind nicht für die Löhne da.“

Aber offensichtlich für die Dividenden der Aktionäre!

Da werden Umsätze und Beschäftigung als Scheinkonjunktur bezeichnet. Dann könnte es aber auch nur Scheingewinne geben.

Tatsache ist: Allein die 4 großen der Metall- und Elektroindustrie schütten dieses Jahr an ihre Aktionäre 10 Mrd. Euro an Dividenden aus. Das ist mehr als 5 Prozent für alle Metallerinnen und Metaller!

Und da bieten uns die Arbeitgeber gerade eine Erhöhung um 1 Prozent im Jahr. Das ist angesichts der Renditen, aber auch der ungezügelten Gier nach Vorstandsvergütungen der Manager eine Provokation, Kolleginnen und Kollegen  
Jetzt sind die Metallerinnen und Metaller in der ganzen Republik auf der Straße und zeigen den Arbeitgebern, was sie offenbar brauchen: **Massive Warnstreiks.**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,  
sicher – gerecht – selbstbestimmt.

Es ist nicht gerecht ist nicht, wenn nicht alle Beschäftigten einen Anspruch auf Tarifverträge haben.

Nur noch **50** Prozent der Beschäftigten fallen unter einen Tarifvertrag.

Und die anderen 50 Prozent eben nicht.

**Ohne Tarif?** Was heißt das? Das heißt: Ich muss länger arbeiten und verdiene im Durchschnitt etwa ein Viertel weniger.

Arbeitgeber, die sich Tarifverträgen verweigern, spielen foul.

Statt über gute Produkte und schlaue Innovationen verschaffen sie sich über Lohndumping eine bessere Marktposition und höhere Profite. Das ist eine Unsitte, gegen die wir gemeinsam kämpfen müssen.

Kämpfen ist fester Bestandteil unserer Tarifrunden:

## **Kämpfen für mehr Geld! Kämpfen für mehr Tarifbindung!**

Ihr kennt die Geschichte von Hase und Igel. Wir müssen die Igel sein. „Wir sind schon da!“ Man kann uns nicht abschütteln, wenn wir in immer mehr Betrieben mitgliederstark und solidarisch für Tarifbindung eintreten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sicher – gerecht und selbstbestimmt.

Zur Lebensqualität in einer Arbeitswelt von morgen, gehört auch, dass wir als Beschäftigte **selbstbestimmt** arbeiten und leben können.

Was meine ich? Der Arbeitsplatz ist Teil des Lebens. Tag für Tag.

Wenn wir dort die Erfahrung machen, dass wir besser nicht den Mund aufmachen, dass wir nicht mitgestalten können, dass wir nichts selbst entscheiden können, dann wird uns die Überzeugung genommen, dass Mitreden und Demokratie überhaupt etwas bringen.

Demokratie funktioniert nur dann, wenn auch Demokratie im Betrieb herrscht.

Die Arbeit von Betriebsräten und Personalräten darf unter gar keinen Umständen beschnitten werden.

### **Im Gegenteil: Wir brauchen mehr Mitbestimmungsrechte!**

Selbstbestimmt verlangt aber auch, dass wir unsere Arbeitszeitregelungen auf den Prüfstand stellen.

Wir sind aber in starre Arbeitszeitmodelle eingebunden, die aus dem letzten Jahrhundert stammen.

Da bin ich ganz ehrlich: Wir Gewerkschaften haben die Arbeitszeitpolitik zu lange nicht auf der Agenda gehabt.

Jeder Dritte sagt, er müsse seine Arbeitszeit kurzfristig an die Anforderungen des Betriebes anpassen muss.

Diese Flexibilität ist das Paradies für den Arbeitgeber, aber ein Hamsterrad für die Beschäftigten.

Wir wollen, dass Flexibilität auch für uns gilt.

Und zwar ohne, dass man beim Chef drum betteln muss.

- Es muss bei der Arbeitszeit mehr Wahlmöglichkeiten geben.
- Jede geleistete Arbeitszeit muss erfasst und vergütet werden.
- Mobiles Arbeiten muss ermöglicht und geregelt werden.
- Es muss Zeit sein für Weiterbildung.
- Es muss genug Personal da sein, genug Pausen geben und gute Schichtsysteme.

Die IG Metall macht sich auf den Weg, eine neue Arbeitszeitkultur zu erfinden.

**Mit einem neuen Selbstbewusstsein.**

**„Mein Leben – meine Zeit“**

**Denn: Die Zeit gehört uns, nicht dem Arbeitgeber!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Zeit für Solidarität“ ist das Motto des DGB`s für den 1. Mai 2016. Und richtig: Die Zeit ruft nach Solidarität.

Solidarität für eine Gesellschaft, die sicher, gerecht und selbstbestimmt ein Leben für alle ermöglicht.

Solidarität gegen die wachsende Spaltung unserer Gesellschaft in Arm und Reich. Wir wollen gleiche Bildungschancen für alle!

Solidarität mit all denen, die unter Krieg, Bürgerkrieg, Elend, Flucht und Verfolgung leiden. Der 1. Mai ist und bleibt der Tag internationaler Solidarität!

Kriege stoppt man nicht mit Waffen! Fluchtursachen müssen bekämpft werden! Reichtum muss gerechter verteilt werden. Es kann nicht sein dass wenige Milliarden häufen, während Millionen an Hunger leiden.

Hierfür steht der 1. Mai der Tag der Solidarität. Hierfür demonstrieren wir heute!

Kolleginnen und Kollegen, ich danke Euch! Glück auf!